



Bilbao

Ein baskisches Willkommensmodell für eine partizipative und interkulturelle Stadt

Inhalt

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

3. Ausgewählte lokale Ansätze

- 3.1. Der öffentliche Dienst „Harreragune“: Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs für Migrant:innen in Bilbao
- 3.2. Der Lokale Migrationsrat: Ermächtigung von migrantischen Stimmen durch Ko-Governance und Partizipation
- 3.3. Die Anti-Gerüchte-Strategie: Bekämpfung von Stereotypen durch Grassroot-Aktionen und Community-Engagement

4. Interessenvertretung und Vernetzung

1. Zusammenfassung und Erkenntnisse

Wichtigste Erkenntnisse

1

Durch seinen kooperativen multi-level Ansatz steht Bilbao seit 2003 an der Spitze bei der Umsetzung der baskischen Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftspolitik.

2

Die Stadt setzt sich für interinstitutionelle Zusammenarbeit ein und ist aktiv und beständig in internationalen und nationalen Netzwerken vertreten, die Vielfalt, Inklusion und interkulturelles Zusammenleben fördern.

3

Eine stabile Zusammenarbeit zwischen dem Stadtrat und lokalen zivilgesellschaftlichen Organisationen bildet einen wesentlichen Pfeiler der kommunalen Politiken zur Inklusion und Partizipation.

Was ist das Besondere an der Stadt?

Politische Autonomie: Bilbao ist die Hauptstadt der “Autonomen Gemeinschaft des Baskenlandes”, einer eigenständigen Region innerhalb des spanischen Staates, die über eine erhebliche finanzielle und fiskalische Autonomie verfügt. Diese Unabhängigkeit ermöglicht es den lokalen Regierungen, auf größere wirtschaftliche und personelle Ressourcen zuzugreifen.

Seit der Einrichtung der ersten Direktion für Einwanderung der baskischen Regierung im Jahr 2001, gefolgt von der Genehmigung des ersten baskischen Einwanderungsplans¹ (“Plan Vasco de Inmigración”) im Jahr 2003, wurde die Autonome Gemeinschaft für ihren fortschrittlichen und integrativen Ansatz in der Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftspolitik anerkannt – einer der zukunftsorientiertesten in Spanien. Nach der sukzessiven Genehmigung verschiedener baskischer Einwanderungs- und Staatsbürgerschaftspläne ist derzeit der 6. Interkulturelle Plan (2022–2025) für Staatsbürgerschaft, Migration und Asyl² in Kraft. Diese Maßnahmen führten zu einem umfassenden Netz öffentlicher Dienstleistungen, die die Integration von Migrant:innen unterstützen und gleichzeitig die Zusammenarbeit mit öffentlichen Institutionen, insbesondere den Gemeinderäten, fördern.

In diesem Zusammenhang hat sich Bilbao als primäres Testfeld für die Umsetzung der Richtlinien und der Grundsätze des baskischen Sozial-

¹ https://www.ikuspegi.eus/documentos/legislacion/PLAN_VASCOINMIGRACION.pdf

² https://bideoak2.euskadi.eus/2022/02/22/news_75231/VIPLAN_INTERCULTURAL_es.pdf

pakts zur Migration von 2019³ herauskristallisiert. Die politische Erklärung legt gemeinsame Werte und Verpflichtungen für öffentliche Institutionen, die Zivilgesellschaft und Einzelpersonen gleichermaßen fest. Dieses Engagement wird durch Initiativen wie den öffentlichen Dienst “Harreragune” (siehe unten) veranschaulicht.

„Wir setzen uns für eine vielfältige und egalitäre Stadt ein, die Unterschiede anerkennt und respektiert. Wir sind stolz auf unsere soziale Pluralität und bemühen uns, sie institutionell zu fördern und zu schützen und gleichzeitig unsere Identität als sozial zusammenhängende Gemeinde zu stärken. Wir müssen eine Stadt schaffen, die von den Beiträgen all ihrer Bewohner:innen geprägt ist und Bilbaos Bürger:innen ausländischer Herkunft sowohl in die Gegenwart als auch in die Zukunft der Stadt einbezieht.“

Juan Mari Aburto, Bürgermeister von Bilbao, 27. März 2023⁴

Was sind die Schlüsselfaktoren?

Der lokale Ansatz Bilbaos zur Migration und Vielfalt basiert auf drei zentralen Prinzipien: Öffentlicher Verantwortung, öffentlich-sozialer Zusammenarbeit und multi-level Governance. Diese Prinzipien werden durch ein starkes politisches Engagement und einen regionalen baskischen Kontext unterstützt, der besonders förderlich für inklusive Politikgestaltung ist. Faktoren wie finanzielle Autonomie, eine ausgeprägte kulturelle und sprachliche Identität, eine vielfältige politische Führung und breite gesellschaftliche Unterstützung für ein Wohlfahrtsmodell tragen zu diesem günstigen Umfeld bei.

- ◆ **Öffentliche Verantwortung** bezieht sich auf die Verpflichtung öffentlicher Institutionen, die Aufnahme, Integration und Partizipation von Migrant:innen durch universell zugängliche Dienstleistungen und Rechte zu gewährleisten.
- ◆ **Öffentlich-soziale Zusammenarbeit** manifestiert sich nicht nur in Teilhabe-Mechanismen, sondern auch in der aktiven Einbindung zivilgesellschaftlicher Organisationen, die sich für die Rechte von Migrant:innen einsetzen (z.B. durch Initiativen wie “Harreragune” und die “Anti-Gerüchte-Strategie”), sowie durch MSOs (migrantisches Selbstorganisationen) wie den lokalen Migrationsrat.
- ◆ **Multi-Level-Governance** zeigt sich in der engen interinstitutionellen Zusammenarbeit zwischen den baskischen Verwaltungen: der baskischen Regierung (regionale Ebene), der Provinz Biscaya (territoriale Ebene) und der Stadt Bilbao (lokale Ebene). Dies wird besonders deutlich in gemeinsamen Initiativen wie “Harreragune”, dem baskischen Forum für Migration und Asyl sowie dem Netzwerk der lokalen Migrationsarbeiter:innen. Ursprünglich im Rahmen des baskischen Einwanderungsplans von 2003 gegründet,

³ https://www.euskadi.eus/contenidos/informacion/migrazioituna/es_def/adjuntos/PACT_en.pdf

⁴ bilbao.net/cs/Satellite?c=BIO_Noticia_FA&cid=1279225484454&language=en&pageid=3012566859&pagename=

werden diese Beamt:innen von der Regionalregierung finanziert, arbeiten jedoch in Kommunalverwaltungen – insbesondere in größeren Gemeinden –, wo sie migrationsbezogene Fragen verwalten und die Umsetzung der Politik auf lokaler Ebene koordinieren.

Was sind die größten Erfolge?

Einbeziehung der Migrant:innen- und Aufnahmegesellschaft gleichermaßen: Im Bereich der Teilhabe und Empowerment wurde die Stadt durch die Konsolidierung von 26 aktiven Migrant:innenvereinigungen (die den partizipativen Haushaltsprozess der Stadt mitgestalten) zu einem wichtigen Vorreiter. Diese Vereine spielen auch eine Schlüsselrolle in der kontinuierlichen Arbeit des lokalen Einwanderungsrats, der verschiedene Arbeitsgremien einberuft, um spezifische Fragen und Initiativen zu bearbeiten.

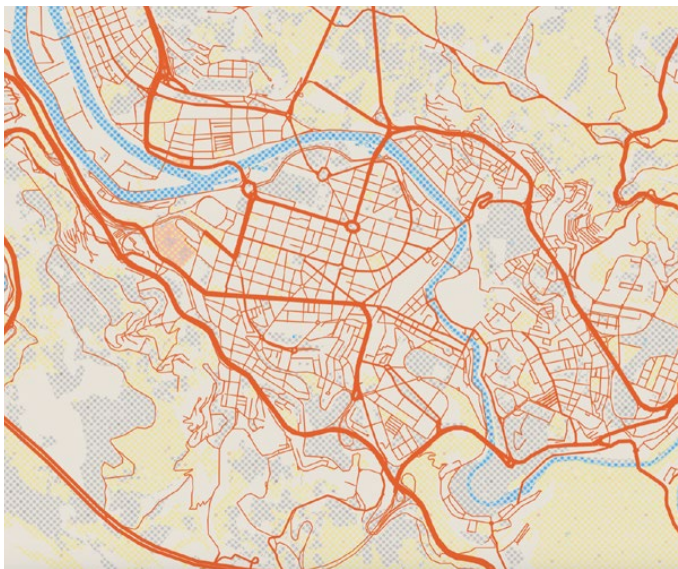
Bemerkenswert sind auch die Bemühungen, die breitere lokale Bevölkerung einzubeziehen. Ein stadtweites Netzwerk sozialer Unterstützungseinrichtungen spielt eine entscheidende Rolle bei der Gestaltung lokaler Migrationspolitik. Und ein Netzwerk sogenannter "Anti-Gerüchte-Agent:innen" wurde in den Stadtteilen Bilbaos eingerichtet, um Fehlinformationen zu bekämpfen und positive, korrekte Erzählungen über Vielfalt zu fördern. Die Stadt hat sich auch öffentlich verpflichtet, die wertvollen Beiträge der vielfältigen Gemeinschaften anzuerkennen, wobei ein besonderer Fokus auf die Erfahrungen und die Führung von Migrantinnen gelegt wird⁵.

⁵ https://www.bilbao.eus/cs/Satellite?c=BIO_Noticia_FA&cid=1279235409655&language=es&pageid=3000075248&pagename=Bilbaonet%2FBIO_Noticia_FA%2FBIO_Noticia

⁶ https://www.bilbao.eus/cs/Satellite?c=BIO_Noticia_FA&cid=1279235409655&language=es&pageid=3000075248&pagename=Bilbaonet/BIO_Noticia_FA/BIO_Noticia

⁷ <https://www.ikuspegi.eus/>

Auf einer strategischen Ebene behält der Stadtrat von Bilbao eine starke Präsenz in nationalen und internationalen Netzwerken und Initiativen, die sich mit Vielfalt beschäftigen. Ein wichtiger Meilenstein im Jahr 2024 war der offizielle Start von "Harreragune", einem umfassenden öffentlichen Dienst zur Aufnahme von Migrant:innen. Zudem beobachtet die Stadt weiterhin öffentliche Einstellungen zur Migration durch gezielte Studien⁶, die von der baskischen Einwanderungsobservatorium "Ikuspegi"⁷ durchgeführt werden, um zukünftige politische Entscheidungen zu treffen.



Bevölkerung

348.800

Lage

Bilbao ist die größte Stadt des autonomen Baskenlandes im Norden Spaniens

Bürgermeister:in

Juan Mari Aburto seit 2015, (mitte-rechts bis mitte-links) Baskische Nationalpartei

2. Lokaler Hintergrund und Kontext

Bilbao ist die Hauptstadt des Baskenlandes, einem autonomen Gebiet in Spanien. In den letzten 25 Jahren hat sie eine der fortschrittlichsten und zukunftsorientiertesten Einwanderungspolitiken des Landes entwickelt, mit einem starken Schwerpunkt auf der Zusammenarbeit zwischen dem sozialen Sektor und Institutionen auf verschiedenen Ebenen – insbesondere lokalen Räten. Das Baskenland nimmt dank seines besonderen autonomen Status, der auf einem unabhängigen Finanzsystem und einem robusten institutionellen Rahmen basiert, und in einer kollektiven Identität verwurzelt ist, eine einzigartige Position in Europa ein.

Bilbao genießt auch ein hohes Maß an politischer Stabilität. Seit der Wiederaufnahme der demokratischen Kommunalwahlen 1979 wird die Stadt kontinuierlich von der Baskischen Nationalpartei (PNV) regiert. Seit 2015 ist Juan Mari Aburto Rique, Mitglied des PNV, Bürgermeister. Die PNV hat konsequent jede Wahl in Bilbao mit klarem Vorsprung vor anderen politischen Parteien gewonnen und hat durch Vereinbarungen mit Parteien des gesamten politischen Spektrums sowohl auf baskischer als auch auf nationaler Ebene regiert.

Aktuell bildet die PNV eine Regierungskoalition mit der spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei (PSOE) als Junior-Partner: mit 12 Ratsmitgliedern der PNV und 5 von der PSOE. Die wichtigste Oppositionspartei mit 6 Ratsmitgliedern ist Euskal Herria Bildu (Baskenland-Versammlung), ein Zusammenschluss von unabhängigkeitsbefürwortenden und linken baskischen Parteien. Weitere im Stadtrat vertretene Parteien sind die Partido Popular (Spaniens rechte Hauptpartei) mit 4 Ratsmitgliedern und die linke Elkarrekin-Podemos (Gemeinsam können wir) mit 2 Ratsmitgliedern.

Nach offiziellen Angaben aus dem städtischen Einwohnerregister hatte Bilbao zum 1. Januar 2024 eine Bevölkerung von 348.800 Einwohner:innen. Davon waren 41.491 (11,9%) Ausländer:innen und 18.947 (5,4%) im Ausland geborene spanische Staatsbürger:innen. Insgesamt waren 17,3 % der Bevölkerung ausländischer Herkunft. Dies ist 3 Prozentpunkte höher als der Durchschnitt im übrigen Gebiet von Biskaya und im Baskenland, jedoch 2 Punkte unter dem nationalen Durchschnitt für Spanien.

3. Ausgewählte lokale Ansätze

3.1. Der öffentliche Dienst “Harreragune”: Sicherstellung des gleichberechtigten Zugangs für Migrant:innen in Bilbao

Harreragune in Bilbao ist der erste Anlauf- und Beratungsdienst für Migrant:innen, die im Baskenland ankommen. Ziel ist ein gleichberechtigter Zugang zu Rechten und öffentlichen Dienstleistungen für alle.

Harreragune ist baskisch und bedeutet “Ort der Aufnahme und des Willkommens”. Die Initiative basiert auf den Prinzipien öffentlicher Verantwortung, öffentlicher-sozialer Zusammenarbeit und multi-level Governance (siehe oben) und wurde durch eine Vereinbarung mit der Regierung der Autonomen Gemeinschaft Baskenland ins Leben gerufen. Harreragune stellt die erste Umsetzung des baskischen Modells der Aufnahme von Migrant:innen dar, das im Rahmen des 6. Interkulturellen Plans (2022–2025) für Staatsbürgerschaft, Migration und Asyl⁸ entwickelt und an den Grundsätzen und Werten des des Baskischen Sozialpakts für Migration⁹ ausgerichtet wurde.

Dienstleistungen und Organisationsmodell

Harreragune bietet eine breite Palette von Dienstleistungen für alle Migrant:innen, unabhängig vom Aufenthaltsstatus. Das Angebot umfasst: Rechtsberatung im Bereich Migration, Bildungs- und Berufsberatung, Anerkennung von Qualifikationen, psychosoziale Unterstützung, Hilfe bei der Familienzusammenführung sowie Angebote zur sozialen und sportlichen Teilhabe. Zusätzlich wird der Zugang zur lokalen Anmeldung, zur Gesundheitskarte, zur Einschulung von Kindern, zum Erlernen der beiden Amtssprachen Bilbaos, zur Arbeitsmarktintegration sowie zur Beratung bei behördlichen Migrationsverfahren erleichtert.

Die Büros von Harreragune sind zentral gelegen, leicht zugänglich und in der Nähe wichtiger öffentlicher und privater Institutionen. Der Service ist personalisiert und wird bei Bedarf direkt mit verschiedenen zivilgesellschaftlichen Organisationen koordiniert, die sich für die Rechte und die Aufnahme von Migrant:innen in Bilbao einsetzen.

Der Dienst wurde gemeinsam von der baskischen Regierung und dem Stadtrat von Bilbao entwickelt und wird von “Zehar-Errefuxiatuekin”¹⁰ verwaltet, einer Nichtregierungsorganisation, die sich der Verteidigung und Förderung der Rechte von Geflüchteten, Asylsuchenden, Staatenlosen und vulnerablen Migrant:innen widmet. Willkommensdienste am Hauptsitz von Harreragune werden von NGO-Mitarbeiter:innen unter der Aufsicht des Stadtrats angeboten. Einige der Dienste beinhalten die Weiterleitung von Forderungen an andere öffentliche Dienste unterschiedlicher (öffentlicher und privater) Institutionen entsprechen können.

⁸ https://www.euskadi.eus/contenidos/informacion/mi-grazioituna/es_def/adjuntos/VIPLAN-INTERCULTURAL.pdf

⁹ https://www.euskadi.eus/contenidos/informacion/mi-grazioituna/es_def/adjuntos/PACT_en.pdf

¹⁰ <https://www.ikuspegi.eus/>

Pilotergebnisse und Ausblick

Harreragune wurde 2024 als Pilotprojekt in Bilbao mit dem Ziel eröffnet, das Modell nach einer Evaluierung 2026 auf andere baskische Gemeinden auszuweiten. In den ersten drei Monaten nach der Eröffnung im November 2024 unterstützte Harreragune 1.212 Personen aus 62 verschiedenen Ländern, hauptsächlich aus Marokko, Kolumbien, Algerien und Venezuela.

In fast der Hälfte der Fälle konnte die lokale Anmeldung erleichtert werden, in mehreren Fällen konnte obdachlosen Personen eine Unterkunft vermittelt werden. Mehr als die Hälfte der Nutzer:innen befand sich in einem irregulären Aufenthaltsstatus und Rechtsberatung war daher eine der meistgenutzten Leistungen.

Das Zentrum unterstützte auch bei der Familienzusammenführung, beim Zugang zu sozialen Diensten, beim Spracherwerb, bei Übersetzungsdiensten, bei der Arbeitsvermittlung sowie der psychosozialen Betreuung.

Mit zunehmender Bekanntheit des Dienstes wächst auch die Nachfrage stetig.

3.2. Der Lokale Migrationsrat: Ermächtigung von Migrant:innenstimmen durch Ko-Governance und Partizipation

Der Lokale Migrationsrat¹¹ ist ein Beteiligungsgremium, in dem der Stadtrat von Bilbao und migrantische Selbstorganisationen vertreten sind.

Nur Organisationen, die von Migrant:innen geleitet werden, können am Rat teilnehmen, was seine repräsentative Funktion stärkt und das Empowerment migrantischer Gemeinschaften fördert. Laut offiziellen Daten sind über 40.000 Bewohner:innen Bilbaos (12%) ausländische Staatsbürger:innen, während weitere 19.000 (5%) Eingebürgerte sind. Zu den häufigsten Herkunftsländern gehören Marokko und Kolumbien.

Derzeit sind 26 migrantische Selbstorganisationen aktiv am Rat beteiligt und bringen sich sowohl in dessen Arbeit als auch in anderen partizipativen Strukturen der Stadt ein – etwa in Prozessen zur Gestaltung öffentlicher Haushalte.

Der Lokale Migrationsrat arbeitet an der Stärkung der Organisations- und Interessenvertretungskapazitäten von Migrant:innen durch Einbeziehung von migrantischen Selbstorganisationen in die Entwicklung lokaler Politik. So wird sichergestellt, dass betroffene Gemeinden eigene Vorschläge und Empfehlungen einbringen können. Er fördert auch das öffentliche Bewusstsein und fördert die gemeinsame öffentlich-soziale Verantwortung im Prozess der Inklusion von Migrant:innen. Um am Rat teilzunehmen, müssen die Organisationen ein Mindestmaß an Aktivität und Funktion nachweisen und regelmäßig an Ratssitzungen oder Aktivi-

¹¹ https://www.bilbao.eus/cs/Satellite?c=Page&cid=3000076818&language=en&pageid=3000076818&pagename=Bilbaonet%2FPage%2FBIO_contenidoFinal

täten teilnehmen. Es gibt keine Wahlen, um dem Rat beizutreten, aber die wiederholte und ungerechtfertigte Nichtteilnahme eines Vereins führt zu seinem Ausschluss aus dem Migrationsrat, dessen Mitgliedschaft jährlich geklärt wird.

Struktur und partizipativer Rahmen

Der Migrationsrat tagt zweimal im Jahr im Plenum und führt den Großteil seiner Arbeit in verschiedenen thematischen Arbeitsgruppen durch¹². Eine der beiden Vizepräsidentschaften des Rates wird von einem/einer migrantischen Vertreter:in gehalten, die andere von einem/einer Vertreter:in des Stadtrats. Vier zusätzliche Positionen im Exekutivkomitee sind migrantischen Selbstorganisationen vorbehalten. Der lokale Migrationsrat verfügt über ein eigenes operatives Budget, das gemeinsam vom Stadtrat und den beteiligten migrantischen Selbstorganisationen verwaltet wird.

Der Lokale Migrationsrat ist einer der sektoralen Räte von Bilbao – beratende und vorschlagende Gremien, über die soziale Organisationen in der Stadt einen kontinuierlichen Dialog mit dem Stadtrat pflegen. Der 2011 gegründete Lokale Migrationsrat ist ein wichtiges Instrument der Abteilung für Gleichheit, Zusammenarbeit und Bürgerschaft. Die Abteilung sieht die Partizipation und Befähigung von Migrant:innen und ihren Organisationen als wesentlichen Bestandteil der Migrationspolitik der Stadt.

¹² Zum Beispiel die Arbeitsgruppen zu Sensibilisierung, Gender, Kommunikation und Partizipation.

¹³ https://www.bilbao.eus/cs/Satellite?c=Page&cid=3000059027&language=es&pageid=3000059027&pagename=Bilbaonet/Page/BIO_contenidoFinal

¹⁴ Consejo de las Mujeres de Bilbao por la Igualdad, https://www.bilbao.eus/cs/Satellite?c=Page&cid=3000076786&language=es&pageid=3000076786&pagename=Bilbaonet%2FPage%2FBIO_contenidoFinal&utm_

¹⁵ Consejo Cívico de la Villa de Bilbao, https://www.bilbao.eus/cs/Satellite?cid=3010910400&language=es&pagename=Bilbaonet%2FPage%2FBIO_contenidoFinal&utm_

¹⁶ Consejo Asesor del Euskera, <https://bilbaeuskaraz.bilbao.eus/es/consejo-asesor-del-euskera-de-bilbao/>

¹⁷ Comunidad de Mujeres Migradas Bilbaínas, https://www.deia.eus/bilbao/2025/03/10/bilbao-reconoce-seis-mujeres-migrantes-aportacion-vida-social-economica-cultural-9377606.html?utm_source=chatgpt.com

¹⁸ <https://www.ongdeuskadi.org/agenda/v-escuela-de-empoderamiento-antirracista/>

Projekte, Auswirkungen und politischer Einfluss

Zu den wichtigsten Initiativen des Migrationsrats gehört das Projekt “Migrantinnen aus Bilbao”¹³, das die Beiträge von Migrantinnen zur Stadt hervorhebt und schätzt. Der Migrationsrat unterstützt auch die Stärkung von migrantischen Selbstorganisationen, indem er den Zugang zu Finanzmitteln, physischen Räumen und Verbindungen zu anderen lokalen Verbänden und zivilgesellschaftlichen Akteur:innen erleichtert.

Darüber hinaus ist der Migrationsrat aktiv an anderen partizipativen Gremien in der Stadt beteiligt, darunter der Bilbao Frauenrat für Gleichheit¹⁴, der Bürgerrat¹⁵ und der Baskische Rat zur Sprachenfrage¹⁶. Der Lokale Migrationsrat betreibt auch eine Arbeitsgruppe für partizipative Budgetierung, über die er Projekte vorschlägt, die dann interessierten Bürger:innen zur öffentlichen Abstimmung vorgelegt werden.

In den letzten zwei Jahren wurden mehrere Initiativen, die vom Migrationsrat unterstützt wurden, in die kommunalen Haushalte von Bilbao aufgenommen. Dazu gehören die Einrichtung eines Netzwerks migrantischer Frauen¹⁷ und die “Schule für Antirassistisches Empowerment”¹⁸ (“Escuela de Empoderamiento Antirracista”), ein von der Jugendarbeitsgruppe des Migrationsrats vorgeschlagenes Projekt. Die Schule bietet einen Raum für Diskussionen über die verschiedenen Formen von Gewalt, die von jungen rassifizierten Migrant:innen erlebt werden, mit dem Ziel, praktische Werkzeuge für antirassistischen Aktivismus im Alltag zu teilen.

3.3. Die Anti-Gerüchte-Strategie: Bekämpfung von Stereotypen durch Grassroot-Aktionen und Community-Engagement

Die sogenannten "Anti-Gerüchte-Agent:innen" sind Einzelpersonen oder Gruppen aus der lokalen Gemeinschaft, die sich verpflichten, in ihren Stadtteilen aktiv zu werden und positive Geschichten über Migration und Vielfalt zu verbreiten.

Die Anti-Gerüchte-Strategie¹⁹ ("Estrategia antiRumores") wird seit 2013 vom Stadtrat von Bilbao entwickelt und geleitet worden und wird in verschiedenen Stadtteilen und Bezirken in Zusammenarbeit von zivilgesellschaftlichen Organisationen und Einzelpersonen umgesetzt. Die Anti-Gerüchte-Agent:innen arbeiten daran, schädliche Stereotype zu hinterfragen und kritisches Denken zu diesen Themen unter den Anwohner:innen zu fördern. Die Strategie zielt darauf ab, die öffentliche Wahrnehmung durch alternative, basisnahe Kommunikationswege zu beeinflussen und einen bottom-up-orientierten Wandel zu fördern.

Leitaktionen und lokale Umsetzung

Die Anti-Gerüchte-Strategie basiert auf vier zentralen Handlungsfeldern. Zunächst werden Netzwerke von Anti-Gerüchte-Agent:innen in verschiedenen Stadtteilen aufgebaut. Dies geschieht in enger Zusammenarbeit mit lokalen Gemeinschaften, wobei Personen aus kulturellen, nachbarschaftlichen und wirtschaftlichen Bereichen identifiziert werden. Statt fester Auswahlkriterien werden die Agent:innen aufgrund ihres Engagements zur aktiven Teilnahme ausgewählt. Jede Person, die sich für Vielfalt einsetzen möchte, kann teilnehmen. Einmal identifiziert, erhalten diese Personen oder Gruppen, deren Engagement freiwillig ist, eine spezifische Schulung, um sie für ihre Rolle als Anti-Gerüchte-Agent:innen in ihren jeweiligen Nachbarschaften und Umgebungen auszustatten.

Die drei weiteren Handlungsfelder umfassen die Stärkung der institutionellen Kommunikation, die gezielte Arbeit mit jungen Menschen sowie die interne Weiterbildung innerhalb der öffentlichen Verwaltung.

Die Strategie wird vom Stadtrat von Bilbao in enger Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen direkt umgesetzt. Der Stadtrat ist darüber hinaus auf regionaler Ebene als Mitglied des baskischen Anti-Gerüchte-Netzwerks "ZAS"²⁰ aktiv – einem öffentlich-privaten Netzwerk von Akteur:innen, das die Anti-Gerüchte-Strategie mit ergänzenden Maßnahmen zu den kommunalen Politiken unterstützt.

Europäischer Kontext und stadtweite Effekte

Die Anti-Gerüchte-Strategie geht auf eine europäische Initiative²¹ zurück, die seit 2010 unter der Koordination des Europarates läuft. Ziel ist es, bürgernahe Netzwerke zu schaffen, die negative Stereotype über Mi-

¹⁹ <https://www.bilbao.eus/infobilbao/cinb2017112.pdf>

²⁰ <https://zas.eus/>

²¹ <https://www.coe.int/en/web/interculturalcities/anti-rumours>

gration und Vielfalt bekämpfen – Narrative, die oft Diskriminierung und gesellschaftliche Spannungen befördern.

Der Stadtrat von Bilbao schloss sich dem europäischen Anti-Gerüchte-Projekt “C4I-Kommunikation für Integration”²² an, das vom Europarat und der Europäischen Kommission kofinanziert wurde. Seit 2013 hat sich der Stadtrat verpflichtet, eine eigene lokale Version der Strategie zu entwickeln, mit dem Ziel, falsche Gerüchte und Stereotype in Bezug auf die migrantische Bevölkerung der Stadt zu verhindern und zu bekämpfen. Dieses Programm wird auch in zehn weiteren europäischen Städten umgesetzt, darunter Botkyrka (Schweden), Lublin (Polen) und Patras (Griechenland).

Die Strategie ist heute in allen acht Stadtbezirken von Bilbao aktiv, mit mehr als 500 Anti-Gerüchte-Agent:innen.

Über 100 Schulungen wurden durchgeführt, darunter Workshops in Schulen und anderen Bildungseinrichtungen. Insgesamt fanden mehr als 250 Aktivitäten in den lokalen Netzwerken statt, darunter Seminare, Grundlagenschulungen, jährliche Treffen der Agent:innen und junger Teilnehmer:innen. Auch Pressemitteilungen, Beiträge in sozialen Medien und Schulprojekte zählen dazu.

4. Interessenvertretung und Vernetzung

Der Stadtrat von Bilbao reiht sich in die baskische Einwanderungspolitik ein und bekennt sich zu dem Grundsatz der integrativen Staatsbürgerschaft. Dieser Ansatz, der erstmals im baskischen Einwanderungsplan eingeführt wurde, erkennt alle Anwohner:innen des Baskenlandes als baskische Bürger:innen mit vollen sozialen Rechten an, unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit oder ihrem rechtlichen Status. Und prägt die lokale Politik in Bezug auf Einwanderung und kulturelle Vielfalt. Der Stadtrat unterstützt und fördert diese Haltung aktiv in verschiedenen institutionellen Foren und Netzwerken.

Der Stadtrat von Bilbao beteiligt sich aktiv an mehreren Netzwerken zu Migration und Diversität, an denen andere öffentliche Einrichtungen – insbesondere lokale Behörden – sowie zivilgesellschaftliche Organisationen sowohl national als auch international beteiligt sind.

- ◆ Das Hauptnetzwerk in diesem Bereich ist das **International Intercultural Cities Network**²³, eine vom Europarat unterstützte europäische Initiative. Bilbao trat dem Netzwerk im Jahr 2011 durch RECI (Spanish Network of Intercultural Cities) bei, das im Rahmen des Programms für interkulturelle Städte arbeitet, das vom Europarat in Zusammenarbeit mit der Europäischen Kommission²⁴ gefördert wird.

²² <https://pjp-eu.coe.int/en/web/c4i/home.html>

²³ <https://www.coe.int/en/web/interculturalcities/bilbao>

²⁴ <https://www.ciudadesinterculturales.com/>

Das International Intercultural Cities Network zielt darauf ab, die Zusammenarbeit und den Wissensaustausch zwischen verschiedenen europäischen Städten zu fördern, die Strategien oder Initiativen zur Förderung der Interkulturalität umsetzen. Dazu bedient sie sich Tools wie “The Intercultural City: Step by Step” und dem Intercultural Cities Index (ICC), dessen Ergebnisse für Bilbao – bewertet über vier Bewertungszyklen – öffentlich zugänglich sind²⁵. Auf der Grundlage der im Rahmen dieser Evaluierungen erhaltenen Rückmeldungen genehmigte der Stadtrat 2021²⁶ den “III. Interkulturellen Stadtplan von Bilbao”, der 30 Ziele und 83 spezifische Maßnahmen in verschiedenen kommunalen Bereichen umfasst. Insbesondere die relativ niedrige Bewertung von Bilbao im Bereich der Empfangsdienste führte zur Entwicklung von “Harre-ragune”, einem speziellen und spezialisierten kommunalen Empfangsraum, der in Zusammenarbeit mit der baskischen Regierung und kooperierenden sozialen Organisationen geschaffen wurde.

- ◆ Bilbao spielt auch eine aktive Rolle im **Sachverständigenausschuss des Europarates für interkulturelle Inklusion (ADI-INT)**, früher bekannt als Arbeitsgruppe für interkulturelle Integration. Der Ausschuss, der 2020 gegründet wurde, besteht aus Vertreter:innen von acht Städten, zehn Staaten und zwei europäischen Regionen²⁷ und zielt darauf ab, die multi-level-Governance in diesem Bereich voranzutreiben. Seit der Gründung des Ausschusses hat Bilbao einen der acht Sitze inne, die für Städte reserviert sind. Als Ergebnis der Arbeit des ADI-INT-Ausschusses verabschiedete der Europarat die Empfehlung CM/Rec(2022)10²⁸, die den Mitgliedstaaten Leitlinien für die Entwicklung und Umsetzung mehrstufiger Politiken und Governance-Strukturen für die interkulturelle Integration bietet. Die Empfehlung unterstreicht die Bedeutung der Zusammenarbeit zwischen nationalen, regionalen und lokalen Regierungen sowie mit der Zivilgesellschaft bei der Förderung integrativer und kohärenter Gesellschaften.²⁹
- ◆ Darüber hinaus ist Bilbao Mitglied der Initiative **Integrating Cities**³⁰, die 2006 als Partnerschaft zwischen EUROCITIES und der Europäischen Kommission ins Leben gerufen wurde, um die Umsetzung der gemeinsamen Grundprinzipien für Integration auf lokaler Ebene zu unterstützen. Die Mitgliedschaft erfordert, dass die Kommunen die “Integrating Cities Charter”, eine Verpflichtungserklärung unterzeichnen. Bilbao nimmt auch an der speziellen Arbeitsgruppe von EUROCITIES zur Migration und Integration teil.
- ◆ Bilbao war auch Teil des **Equality Network**³¹ – ein Projekt der Internationalen Organisation für Migration (IOM). Equality wurde 2019 ins Leben gerufen und 2021 abgeschlossen. Es unterstützte lokale Behörden bei der Förderung der Inklusion und dem Schutz gefährdeter Migrant:innen oder Überlebender sexueller und geschlechtsspezifischer Gewalt (SGBV). Als Vermächtnis dieser Initiative wurde 2020 in Spanien das Nationale Netzwerk frei von weiblicher Genitalverstümmelung³² Red Estatal Libres de MGF gegründet, um die Bemühungen zu koordinieren, bewährte Verfahren auszutauschen und das Bewusstsein von Gemeinden und

²⁵ <https://www.coe.int/en/web/interculturalcities/bilbao>

²⁶ <https://www.ciudadesinterculturales.com/wp-content/uploads/2022/01/III-Plan-Bilbao-Ciudad-Intercultural.pdf>

²⁷ <https://www.coe.int/en/web/committee-of-experts-on-intercultural-integration-of-migrants#:~:text=The%20Committee%20of%20Experts%20on,that%20offer%20effective%20protection%20from>

²⁸ <https://www.coe.int/en/web/committee-of-experts-on-intercultural-integration-of-migrants/adi-int-composition#%7B%22115689108%22%3A%5B0%5D%7D>

³¹ <https://globalofficebrussels.iom.int/equality>

³² Red Estatal Libres de MGF <https://belgium.iom.int/migrant-women-girls-toolbox>

³³ Municipios por la Tolerancia, <https://www.pluralismoyconvivencia.es/nuestro-trabajo/mejora-de-la-gestion-publica-de-la-diversidad-religiosa/municipios-por-la-tolerancia/>

³⁴ Fundación Pluralismo y Convivencia, <https://www.pluralismoyconvivencia.es/>

³⁵ Federación Española de Municipios y Provincias, <https://www.femp.es/>

³⁶ Instituto de Derechos Humanos de la Universidad de Deusto, <https://www.deusto.es/es/inicio/somos-deusto/centros-universitarios/institutos/instituto-derechos-humanos>

³⁷ Instituto de Derechos Humanos de la Universidad de Deusto, <https://www.deusto.es/es/inicio/somos-deusto/centros-universitarios/institutos/instituto-derechos-humanos>

Organisationen zu schärfen, die sich für die Bekämpfung von FGM einsetzen.

- ◆ Schließlich beteiligt sich Bilbao im Rahmen des umfassenderen Managements kultureller Vielfalt seit seiner Gründung im Jahr 2020 am Projekt **“Gemeinden für Toleranz”**³³. Unter der Leitung der öffentlichen Stiftung für Pluralismus und Koexistenz³⁴ in Zusammenarbeit mit der Spanischen Föderation der Gemeinden und Provinzen³⁵ und unterstützt vom Institut für Menschenrechte der Universität Deusto³⁶ zielt das Projekt darauf ab, das Management der religiösen Vielfalt auf lokaler Ebene zu verbessern. Derzeit sind 30 spanische Gemeinden an dem Programm beteiligt, das die Unterzeichnung einer Charta zur Förderung der religiösen Vielfalt und die Umsetzung eines lokalen Aktionsplans mit spezifischen Maßnahmen umfasst. Bilbao hat als eine der Pilotgemeinden gedient und geholfen, die Instrumente vor ihrer breiteren Einführung zu testen und zu verfeinern.³⁷

Moving Cities bietet eine eingehende Untersuchung der Strategien von solidarischen Städten aus Europa und erforscht ihre inspirierendsten und erfolgreichsten Ansätze für eine fortschrittliche Migrationspolitik. Weitere Städteberichte auf: www.moving-cities.eu.

Mehr über das Projekt und seine Finanzierung auf der Website: <https://moving-cities.eu/about>
